

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Reiß, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 226

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver

Samstag, den 26. September

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Ulrich Wilamowitz-Möllendorf, der Altmeister der klassischen Philologie, ist in Berlin im 83. Lebensjahre verschieden.
* In Gera sind durch den Magdeburger Scharfrichter zwei Mörder hingerichtet worden.

* Die japanische Regierung teilte dem Völkerbund mit, daß sie bereit sei mit China zu verhandeln und den Vormarsch ihrer Truppen eingestellt habe.

Notsignale.

Was wird England tun? — Die Hand auf dem Portemonnaie. — Der französische Besuch in Berlin.

Sprichwörter oder sonstige Ausdrücke der Volksmeinung haben stets das eine an sich, höchstens zur Hälfte oder sehr bedingt richtig zu sein. Und wenn die eine Hälfte des Sprichworts: „Die Zeiten ändern sich...“ zweifellos richtig ist, so darf man um so stärkere Zweifel in die Richtigkeit dessen setzen, daß „auch die Menschen sich mit den Zeiten ändern“. Die Menschheit ändert sich, wenn überhaupt, dann nur sehr langsam; selbst dann beeilt sie sich nicht allzusehr damit, wenn das Schicksal, die „Zeiten“ ihr einen tüchtigen Faustschlag verlesen, wie das jetzt durch den offenen Krisenaustrich in England geschehen ist oder vielleicht ganz absichtlich erfolgen sollte. Das heißt ja auch viel mehr, ist von ungleich größerer Bedeutung für die Welt und ihre Wirtschaft, wenn England sich jetzt mit aller Kraft, mit ganz rücksichtslosen Maßnahmen zur Wehr setzt gegen den Ansturm der anderen auf seine Währung und seinen Kredit, — als wenn Deutschland einen noch so lauten Hilferuf in die Welt hinausfendet. Man hat in London gehandelt, ehe man dort auf dem letzten Loch pfeift. Und darum ist heute die mit leichter Besorgnis untermischte Frage drüben in Amerika, aber besonders in Frankreich zu hören: Was wird man denn nun in England tun, wozu wird man sich dort entschließen? Der politische Streit zwischen dem Koalitionskabinett Macdonald und seinen Kritikern ist so gut wie verstummt; das Notsignal flattert zwar am Mast des britischen Staatsschiffes, aber die Besatzung denkt gar nicht daran, tatenlos nur auf die Rettung von den „Goldkisten“ her zu warten, sondern will sich in einigender Arbeit selbst helfen, die Lecke stopfen und das Schiff wieder in Fahrt bringen. Da wird man von jedem das Beste an Kräfteeinsatz verlangen.

Nun etwa schadenfroh oder mahnend den Finger hochzuheben und den Engländern zu dozieren, sie seien „eigentlich“ selbst an der ganzen Geschichte schuld, weil sie immer nur pro-französische Politik getrieben haben, anstatt mit Deutschland gemeinsam wirklich den Weltkrieg zu liquidieren und den Kampf gegen unsere Tributbelastung aufzunehmen —, derartige politische Weisheiten von sich zu geben, wäre nur wieder ein Beweis dafür, daß sich zwar die Zeiten ändern, aber manche Menschen nur sehr langsam oder gar nicht! England ist Deutschlands größter Kunde und größter europäischer Geldgeber, mit dem wir durch zahllose Fäden kredit- und auch währungspolitisch verbunden sind. Alles dies wird aber aufs stärkste berührt und zum Teil gefährdet durch das, was gestern in England geschehen ist und was morgen geschehen wird. Warum also gar noch eine Rechnung über eine längst hinter uns liegende Vergangenheit aufmachen, auf der sich überdies auch einige für uns nicht gerade erfreuliche Posten befinden würden! In Genf hat es der französische Finanzminister — mit der Hand fest auf dem Portemonnaie — fertigbekommen, solch ein Sündenregister aus der verschlossenen Geld- und Kreditpolitik den anderen Staaten vorzulesen und in gleichem Atem jede Hilfe in der augenblicklichen Weltlage unverändert von der Annahme aller französischen Bedingungen abhängig zu machen, außerdem eine Hilfe auch dann — nicht etwa fest zu versprechen, sondern sie höchstens anzudeuten! In Paris liebt man es nicht, sich zu ändern seit den Tagen von Versailles, als alles so gehalten wurde, wie Frankreich es sich nur wünschen konnte. Man verneint dort auch, daß die Zeiten sich geändert hätten. „Vom sicheren Port aus läßt sich's trefflich raten“ heißt's ja mit Hohn und Bitterkeit im „Toll“. Denn die französische Erde bebte noch nicht unter dem zermalnenden Tritt der Weltwirtschaftskrise. Zur größten Militärmacht ist Frankreich geworden, zur größten Geldmacht — denn auf den Kopf seiner Bevölkerung entfällt fast noch einmal soviel Gold wie in den Vereinigten Staaten — und es wurde damit auch zur größten politischen Macht. Nie ist dies so deutlich sichtbar geworden, wie es heute geschieht.

Wie wenig sich die Menschen ändern, zeigt ja auch der Losbruch des chinesisch-japanischen Konflikts. Wirtschaftliche Expansionsgründe, vielleicht auch nur der Wille, einen mit Waffengewalt eroberten und mit den Mitteln der „friedlichen Durchdringung“ erworbenen Gewinn zu halten, führten zu militärischen Maßnahmen des Angriffs und der Abwehr. Natürlich hat dann — wie schon immer — „der andere“ angefangen! Aber fast „unnatürlich“ ist es, daß dem chinesischen Nordreich zwar nicht der Süden zu Hilfe kam, wohl aber der Völkerbund und — was besser ist — Amerika, sobald China die Notlage geahnt hatte. Wir Deutsche haben ja hinsichtlich des Verhaltens des Völkerbundes gegenüber deutschen Notrufen solcher Art ganz andere Erfahrungen machen müssen! Da ist's erfreulich, daß wenigstens diesmal in Genf doch einiges für die deutschen Minderheiten in Polen erreicht werden konnte. Aber trotzdem flattert

Der französische Staatsbesuch

Empfangsvorbereitungen für Laval und Briand.

Bittere Erinnerungen und Hoffnungen.

Der französische Ministerpräsident Laval und der französische Außenminister Briand werden am Sonntag als Gäste der Reichsregierung nach Berlin kommen. Es wird dies das erste Mal seit dem Berliner Kongreß von 1878 sein, daß französische Minister offiziell Berlin besuchen. Laval und Briand werden im Hotel Adlon wohnen, das den Vorteil der unmittelbaren Nähe der französischen Botschaft hat. Von seinem Zimmer aus wird der französische Ministerpräsident das Brandenburger Tor sehen und sein Anblick wird ihn vielleicht daran erinnern, daß das Rad der Weltgeschichte sich dreht und mit des Geschicks Mächten kein ewiger Bund zu flechten ist. Als eine Warnung und Mahnung! Den Gipfelpunkt des französischen Besuchs wird der Empfang beim Reichspräsidenten bilden und diese Zusammenkunft hat leider bittere Erinnerungen wachgerufen.

Im Zusammenhang mit der Meldung über den geplanten Empfang der französischen Minister durch Reichspräsident von Hindenburg ist die Frage aufgeworfen worden, ob die französische Regierung amtlich Mitteilung von der Annullierung der verurteilten Kriegsverbrecherliste, auf der bekanntlich auch Hindenburg stand, gemacht habe. Eine derartige Mitteilung ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht eingetroffen. Die Tatsache, daß der französische Ministerpräsident den Wunsch ausgesprochen habe, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden, spreche viel mehr für ein Nichtweiterbestehen der Kriegsverbrecherliste, als eine formal-juristische Regelung der Angelegenheit das tun könne. Es sei unwürdig, die Streichung einer Liste zu verlangen, die von Deutschland nie anerkannt worden sei. Die Tatsache des Besuchs beweise schon, daß Frankreich von den alten Methoden abgerückt sei. Wir wollen hoffen, daß vor allem auch die Folgen des Besuchs bewiesen werden, daß Frankreich von seinen bisher geübten Methoden einer Verewigung des Weltkrieges abgegangen ist.

Polizeiliche Vorbereitungen.

Der Empfang der französischen Minister in Berlin ist, wie vom Berliner Polizeipräsidium mitgeteilt wird, mit der größten polizeilichen Sorgfalt vorbereitet. Allenthalben werden sehr starke Polizeikräfte bereitgestellt, um dafür zu sorgen, daß sich der Empfang ohne Störung abspiele. Der Vorplatz am Bahnhof Friedrichstraße wird völlig abgesperrt sein. Ferner wird die Neustädter Kirchstraße, durch die die Fahrt der Minister zum Hotel Adlon erfolgt, polizeilich gesichert sein. Die Polizei wird ferner dafür Sorge tragen, daß es nirgends zu Menschenansammlungen kommt.

Die Reichsleitung der NSDAP. verbietet Kundgebungen.

Die Reichsleitung der NSDAP. veröffentlicht folgenden

noch immer über diesen ehemals deutschen Gebieten die Notlage. Denn die Polen werden sich nicht ändern, unverändert bleiben darum dort auch die Spannungen. Ist doch die Weltkrise überhaupt gar nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern in ihr wirken ja auch viele politische Gegenfaktoren mit und stellen sich oft und hartnäckig wirtschaftlichen Besserungsversuchen in den Weg; leider waren sie durch ihr politisches Machtgewicht auch in der Lage, zu hemmen und zu verhindern. Wir Deutsche wissen, daß einer der politischen Hauptherde dieser Weltkrise die deutsch-französichen Beziehungen sind, außerdem wird es uns von allen Seiten her auch noch gesagt. Sie sollen anders werden, besser; denn schlechter können sie wirklich nicht mehr werden! Daher wird es nicht bloß für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische Weiterentwicklung der Welt von gewisser Bedeutung sein, wie der Besuch der französischen Minister in Berlin verläuft, welches sein Ergebnis sein wird. Auch wir sitzen auf jedem Schiff, umbraust vom Sturm der Krise, überdröhnt von den Wogen schwerer wirtschaftlichen Elends, auch wir geben immer wieder neue Notsignale ab, — aber helfen können und werden uns doch nur die eigene Kraft, der eigene Mut, die eigene unverdroffene Arbeit, auch wenn diese im Augenblick fast hoffnungslos erscheint. Dr. Pr.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Curtius bei Brüning.

Zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius fand in der Reichskanzlei eine Aussprache über Fragen statt, die im Zusammenhang mit der Zollunionspolitik stehen. Anschließend versammelte sich das Kabinett zu einer Ministerbesprechung, in der die Beratungen über das Winterprogramm fortgesetzt wurden. Die Frage, ob und wann Dr. Curtius zurücktritt, soll Mitte nächster Woche entschieden werden.

den Aufruf: „Es ist der Reichsleitung zur Kenntnis gekommen, daß Linkstreife beabsichtigen, anlässlich des „Besuchs“ der französischen Minister durch Provokateure Nationalsozialisten zu Kundgebungen in Berlin oder auf den Bahnhöfen, die der Zug durchfährt, anzureizen. Es soll dadurch der französischen Regierung der Vorwand gegeben werden, ihre bekannten politischen Forderungen, welche sich in erster Linie gegen die NSDAP. richten, neuerdings zu stellen, wobei gleichzeitig der Berliner Regierung die Annahme derselben erleichtert würde. Die Reichsleitung verbietet daher allen Parteigenossen die Teilnahme an irgendwelchen etwaigen Kundgebungen gegen die französischen Minister. Von deren Anwesenheit ist keinerlei Notiz zu nehmen. Parteigenossen, welche dagegen verstoßen, schließen sich von selbst wegen parteischädigenden Verhaltens aus der NSDAP. aus.“

Auftakt zum Berliner Besuch.

Was Paris über die Besprechungen Laval-Briand weiß.

Aus anscheinend zuverlässiger Quelle bringt die Pariser „Information“ das angeblich von der französischen Regierung für die Berliner Besprechungen aufgestellte Programm.

Man werde versuchen, einen Organismus zu schaffen, dem Vertreter der Industrie, der Regierungen und anderer interessierter Kreise angehören sollten, der die bereits bestehenden Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder überprüfe, Möglichkeiten für ihre Erweiterung suche und nicht nur auf dem Wirtschafts- und Finanzgebiet, sondern möglicherweise auch auf politischem Gebiet neue Beziehungen schaffen soll.

Ferner plane man französischerseits, die Zusammenarbeit mit Deutschland auf die Kolonien auszuweiten. Man denke daran, durch Wiederaufnahme der Sachlieferungen im Rahmen der Reparationen Deutschland an der industriellen Versorgung der Kolonien zu beteiligen. Man verfolge sogar den Plan, Togo und Kamerun in nicht zu ferner Zukunft an Deutschland zurückzugeben.

Bzüglich der finanziellen Zusammenarbeit denke man an die Schaffung einer gemeinsamen Finanzgesellschaft, die die Finanzierung von in beiden Ländern bestehenden großen Industriezweigen durchführen solle.

Diese Gesellschaft könne Aktien ausgeben, die an den Börsen beider Länder gehandelt und von den beiden verbündeten Unternehmen garantiert werden sollten.

Das Blatt fügt hinzu, die Berliner Besprechungen würden sich allerdings nicht in dem engen Rahmen bewegen, den er gezogen habe, um nur die wichtigsten Fragen aufzuwerfen, an deren Lösung man in Berlin herantreten könne.

Laval nimmt Hoovers Einladung an.

Botschafter Edge hat Laval eine Abschrift des Wortlautes der Einladung des Präsidenten Hoover überreicht. Die Einladung wurde vom französischen Ministerpräsidenten nunmehr offiziell angenommen.

Die neue oldenburgische Notverordnung.

Die neue oldenburgische Notverordnung ist veröffentlicht worden. Sie enthält die bekannten Kürzungsätze. Die Kürzungen treten zu den durch die bisherige Reichsnotverordnung vorgenommenen Kürzungen hinzu. In der Notverordnung ist im übrigen die allgemeine Aufrückungssperre von zwei Jahren verfügt.

Ungültige Wahl eines kommunistischen Bürgermeisters.

Die Stadtverordnetenversammlung in Boizenburg hat den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des kommunistischen Rechtsanwalts, Dr. Alexander-Berlin, zum Bürgermeister mit acht gegen sieben Stimmen angenommen. Dr. Alexander hatte bekanntlich ein großes kommunistisches Verwaltungsprogramm aufgestellt. Seine Wahl war jedoch von der Regierung nicht bestätigt worden. Für die nun erfolgte Ungültigkeitserklärung stimmen die Bürgerlichen und die Nationalsozialisten, dagegen die Kommunisten und die Sozialdemokraten.

Scharfe Erklärung gegen Inflationsgerüchte.

Spekulationsmanöver an der Produktenbörse.

Zu einer bemerkenswert deutlichen Stellungnahme gegen allerhand Redereien über die „Möglichkeit einer Inflation“ ist es in einer Regierungserklärung gekommen, die durch Vorgänge an der Berliner Produktenbörse veranlaßt worden ist. Da dort die Waisenspekulationen vor allem in Weizen und Roggen sehr lebhaft sind, weil das Angebot zurückhaltend blieb und daher ein Anziehen der Preise erfolgte, sind die hereinfallenden Waisenspekulationen in erhebliche Schwierigkeiten gekommen. Das geringe Angebot von Getreide hat aber zurzeit ganz natürliche, betriebswirtschaftliche Ursachen, entspringt z. B. auch der Enttäuschung über den Ernteausfall und dem Bestreben der Landwirte, ihre Ernte nicht falls über Kopf und zu jedem Preis zu verkaufen, zumal ausgiebige Gelegenheit zu einer recht billigen Lombardierung der Ernte besteht. Im Getreide-

handel hatte man aber seit dem Juli vielfach mit einem fortgesetzt drängenden Angebot und entsprechender Preisföpfung gerechnet. An der Berliner Produktenbörse kann man nun hören, die Zurückhaltung beim Angebot und daher auch die Preisbefestigung entspringe der Furcht vor einer „möglichen Inflation“ oder der Besorgnis über die Entwicklung der englischen Währungskrise; beides „veranlasse“ die Landwirte, möglichst wenig Ware auf den Markt zu bringen.

In der Regierungserklärung gegen diese Gerüchtemacher, die absichtlich den Markt stark beunruhigen wollten, wird wieder auf die wiederholten Zusicherungen der Reichsbank und der Regierung selbst verwiesen, daß „die mit dem Schutze der deutschen Währung beauftragten Stellen

unter keinen Umständen eine erneute Inflation zulassen werden“.

Daß die „Gefahr einer Inflation“ ein völlig unbegründetes und mehr als unverantwortliches Gerücht ist, geht auch aus dem soeben veröffentlichten Reichsbanklaufweis hervor.

Danach hat sich der Notenumlauf um etwa 80 Millionen Mark verringert und ist zu 40,1 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt. Der Goldbestand allein stieg etwas, auf jetzt 1374 Millionen Mark.

Die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken.

Unter Hinweis darauf, daß am 1. Januar 1932 eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Aufwertungshypotheken zurückgezahlt werden muß, die Rückzahlung aber zahlreiche Härten und Zwangsversteigerungen zur Folge haben würde, ersucht die staatsparteiliche Fraktion im Preussischen Landtag in einer Anfrage die preussische Regierung um Auskunft, ob sie bereit sei, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß durch eine Notverordnung die Möglichkeit geschaffen werde, Einsprüche gegen die Rückzahlung von Aufwertungshypotheken am 1. Januar 1932 auch jetzt noch bei den Aufwertungsstellen einzureichen.

Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung.

Vorteile und Nachteile des Sparens.

Gegen Arbeitslosigkeit — für Wohnungs- und Siedlungsbau“ lautete das Thema einer öffentlichen Kundgebung, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund in Berlin veranstaltete. Franz Spilert vom Vorstand des ADGB sprach über das Thema: „Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung“. Er betonte, daß es mit der ständigen Herabsetzung der Unterfügung der Arbeitslosen nicht weiter gehen könne. Alle Bemühungen müßten auf die

Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten

konzentriert werden. Zur Arbeitsbeschaffung könne in erster Linie die Reichsbahn beitragen. Die Bauern, auch der Straßenbau, dürften nicht völlig zum Erliegen kommen. Die Gemeinde, der größte Auftraggeber der deutschen Industrie, dürfe nicht vollständig lahmgelegt werden. Die Reichsregierung dürfe

nicht ihre ganze Weisheit im Sparen erschöpfen.

Sparen könne weise sein, es könne aber auch zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen. Der Lohn sei viel stärker gesunken als die Lebenshaltungskosten. Der Reallohn dürfe unter keinen Umständen weiter sinken. Der Redner ging dann im einzelnen auf die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten ein und betonte zum Schluß: „Kommen wir endlich los von dem Pessimismus und handeln wir einmal!“

Einschränkung der Arbeitszeit.

Die im Reichsrat angenommenen Durchführungsbestimmungen behandeln die beiden in der Notverordnung vorgesehenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, nämlich die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich und die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden. Sie geben dem Arbeitgeber das Recht, den Lohn entsprechend der Arbeitszeitverkürzung herabzusetzen. Ferner wird das Verfahren bei der Genehmigung tarifvertraglicher Mehrarbeit und die Zuständigkeit der Behörden geordnet.

Zurzeit schweben mit einer Anzahl von Gewerbebezügen Verhandlungen über eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung.

Gewehr bei Fuß.

Die japanische Note an Genf.

Der japanische Votschafter Yoshizawa hat dem Präsidenten des Völkerbundrates die Note seiner Regierung überreicht. Die japanische Regierung erklärt, sie habe mit allen Mitteln das Ziel verfolgt, eine Ausdehnung des Zwischenfalles und eine Verschärfung der Lage zu verhindern und suche mit allen Mitteln eine friedliche Regelung durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Ländern, und zwar so schnell wie möglich, herbeizuführen.

Weiter wird erklärt, daß der größte Teil der japanischen Truppen bereits in die Eisenbahnzone zurückgezogen und gegenwärtig dort konzentriert sei. Außerhalb der Eisenbahnzone befänden sich lediglich einige wenige Truppen, die aus Gründen der Vorsicht nach Mukden und Kirin gelegt seien. Diese Maßnahmen stellten jedoch keine militärische Besetzung dar. Die japanische Regierung habe die Absicht, die Truppen noch weiter in die Eisenbahnzone zurückzuführen, und zwar in dem Maße, in dem sich die Lage verbessere. Die japanische Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß der Völkerbundrat der Ehrlichkeit ihrer Haltung vertrauen werde.

Große nationale Kundgebungen der Chinesen.

In Nanking und in Shanghai fanden große nationale Kundgebungen gegen Japan statt, an denen sich in Nanking über 100 000 Menschen beteiligten. Die Redner der Kundgebung erklärten, daß China endlich eine scharfe Antwort an Japan geben und es zwingen müsse, das chinesische Gebiet unberührt zu lassen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß nur ein militärisches Vorgehen von chinesischer Seite Japan zur Achtung vor der chinesischen Souveränität zwingen könne.

Die Finanzhilfe an Österreich und Ungarn.

Bericht des Genfer Finanzausschusses.

Der Völkerbundrat nahm den Bericht des Finanzausschusses über die von der österreichischen und der ungarischen Regierung beantragte Finanzhilfe des Völkerbundes entgegen. Der Finanzausschuß könne nicht verheimlichen, daß ein endgültiger Erfolg der finanziellen Wiederherstellung nur durch eine beschleunigte Lösung des Problems der Weltpreise erreicht werden könne. Der Finanzausschuß besteht aus der Notwendigkeit einer sofortigen Aktion im Interesse sämtlicher Staaten.

Der Bericht führte zu einer längeren Aussprache, in der die meisten Mächte kurze Erklärungen abgaben. Der Finanzausschuß wurde beauftragt, gemeinsam mit der öster-

reichischen Regierung die Einzelheiten des Sanierungsprogramms auszuarbeiten.

Der Rat nahm weiter einen zweiten Bericht des Finanzausschusses über die Finanzhilfegesuch Ungarns an, in dem eine eingehende Prüfung der Wirtschaft- und Finanzlage Ungarns empfohlen wird. Es soll ein Plan für die Sanierung der ungarischen Finanzengpassarbeiten werden.

Amerika für Rüstungsstillstand.

Bericht auf Kreuzerbauten.

Staatssekretär Stimson erklärte sich grundsätzlich zur Annahme des jetzt dem Völkerbund vorliegenden italienischen Vorschlages bereit, der einen Rüstungsstillstand vorsieht. Dieser Rüstungsstillstand würde einen unzweifelhaft günstigen Einfluß auf die kommende Abrüstungskonferenz haben. Zur praktischen Unterstützung des Gedankens sei die amerikanische Regierung bereit, auf den ihr nach dem Londoner Flottenabkommen zustehenden Bau einiger Kreuzer zu verzichten. Der Bau von elf Zerstörern, für den kürzlich Angebote eingefordert wurden, wird jedoch als unumgänglich betrachtet, da es sich hierbei einerseits um Ersatzbauten für veraltete Fahrzeuge, andererseits um eine Maßnahme gegen die große Arbeitslosigkeit handelt.

Der Generalsekretär, der nicht sparen will.

Kampf um die Gehälter im Völkerbundsekretariat.

Innerhalb der zahlreichen Beamtenschaft des Völkerbundsekretariats haben sich in den letzten Tagen schwere Kämpfe abgespielt. In den Verhandlungen des Haushaltsausschusses war übereinstimmend von sämtlichen Regierungsvertretern in dringender Form schärfste Einschränkung der gesamten Ausgaben des Völkerbundes gefordert worden. Da eine rechtliche Handhabe hierfür nicht vorlag, war der Direktion ein derartiger Schritt nahegelegt worden. Es wurde daher übereinstimmend in allen Delegiertenkreisen damit gerechnet, daß der Generalsekretär des Völkerbundes als erster freiwillig auf einen Teil seiner hohen Repräsentationskosten verzichten würde, um der Beamtenschaft ein gutes Beispiel zu geben. Das steuerfreie Jahresgehalt des Generalsekretärs

beträgt gegenwärtig 190 000 Goldfranc.

Der Generalsekretär ließ jedoch wissen, daß er nicht die Absicht habe, auch nur auf den geringsten Teil seiner Einkünfte zu verzichten. In einer bewegten Versammlung der Beamtenschaft wurde darauf mit 414 gegen 402 Stimmen beschlossen, keinerlei auch noch so geringe Herabsetzung der Gehälter zuzulassen.

Dieser Beschluß hat in den Delegiertenkreisen einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht, besonders, da bekannt geworden ist, daß die gesamte französische Beamtenschaft mit dem französischen stellvertretenden Generalsekretär Avenol an der Spitze die Parole gegen jede Einschränkung der Gehälter ausgegeben hatte. Dagegen hat die gesamte deutsche Beamtenschaft geschlossen

für die freiwillige Einschränkung der Gehälter

gestimmt. Ein großer Teil der Beamtenschaft des Sekretariats hat nunmehr beschlossen, freiwillig und unabhängig von der Haltung des Generalsekretärs von sich aus auf einen Teil ihrer Einkünfte zu verzichten.

Besuch Brünnings in Washington?

Wie aus Washington gemeldet wird, waren dort Gerüchte verbreitet, daß Hoover Reichskanzler Brüning nach Washington eingeladen habe. Unterstaatssekretär Caffie erklärte auf Anfrage, daß diese Gerüchte lediglich eine Kombination darstellten. Er hob jedoch hervor, daß ein Besuch Brünnings in Washington äußerst willkommen sein werde.

In Washingtoner politischen Kreisen wird hierzu erklärt, daß trotz dieses Dementis ein Besuch Brünnings durchaus im Bereiche der Möglichkeiten liege, selbst wenn bisher, soweit amtlich bekannt, keine Schritte zur Herbeiführung des Besuchs unternommen worden seien.

Laval nimmt die amerikanische Einladung an.

Der amerikanische Votschafter hat Laval, wie aus Paris gemeldet wird, eine Abschrift des Wortlautes der Einladung des Präsidenten Hoover überreicht. Die Einladung wurde vom französischen Ministerpräsidenten offiziell angenommen.

Die geretteten Ozeanflieger in NeuYork.

Roddy schildert Absturz und Rettung.

Die kurz vor Neufundland aus ihrem Flugzeugwrack geretteten Ozeanflieger Roddy, Johansson und Beiga trafen nach New Yorker Meldungen, an Bord des Dampfers „Stavangerfjord“ im New Yorker Hafen ein. Die konsularischen Vertreter Deutschlands und Portugals waren dem Schiff mit Zerkuttern entgegengefahren, um die Flieger namens ihrer Heimatländer herzlich zu begrüßen. Roddy und Johansson haben sich von den unerhörten Strapazen, die sie durchmachen mußten, fast völlig erholt, während der Portugiese noch bettlägerig ist. Seine Beinverletzung, die er sich bei dem Sturz des Flugzeuges ins Meer zugezogen hat, hat sich während des sechsstägigen Umhertreibens des sinkenden Wracks durch die Einwirkung des Seewassers derart verschlimmert, daß Fieber hinzu trat und das schlimmste zu befürchten ist, da weder Verbandzeug noch Medikamente zur Verfügung standen.

Die knappe Schilderung, die Roddy den Pressevertretern von dem

Absturz des Flugzeuges und der wunderbaren Rettung gab, war in ihrer Schlichtheit von dramatischer Wucht: „Als wir die „Pennland“ sichteten, war die Maschine schon vierzehn Stunden lang mit nur fünf Zylindern gelaufen. Der Brennstoffvorrat sank rapide, da wir den Motor nicht droffeln durften. Immerhin glaubten wir, nach Berechnung des Standortes der „Pennland“, jeden Augenblick Land erreichen zu können. Zwei Stunden nachdem wir den Dampfer umkreift hatten, war der letzte der sieben Tanks leer gelaufen. Der Motor stoppte, und wir mußten aufs Meer niedergehen, und es begann der

sechstägige Kampf gegen Meer, Hunger und Durst.

Wir hatten nur 200 Gramm Schokolade und 900 Liter Rielwasser für den Motor. Ein halbes Glas Wasser und ein bißchen Schokolade war die tägliche Ration. Das Seewasser stieg unaufhörlich in der Kabine und das Salz begann die Kleider und die Haut zu zerbrechen. Glücklicherweise war die See ruhig. Nur machte uns die scharfe Nachtkälte sehr zu schaffen. Am Sonntag, dem 20. September, mittags, sichteten wir unweit des Wracks einen Frachtdampfer, der unsere verzweifelten Signale jedoch nicht bemerkte. In den Morgenstunden des Montag endlich kam in unserer Nähe der Norweger „Belmora“

vorbei, der uns sofort Rettungsboote schickte. Ein halbes Liter rostigen, versetzten Wassers war vom ganzen Vorrat übriggeblieben. Wir hätten zweifellos noch mehrere Tage ausgehalten, wären aber dann wohl nicht in der Lage gewesen, noch Notsignale geben zu können.

Die Flieger erklärten übereinstimmend, sie seien keineswegs entmutigt, sondern wollten im Frühjahr des nächsten Jahres mit der gleichen Mannschaft den Flug wiederholen.

Die nächste Reichsviehzählung.

Keine steuerliche Verwendung der Angaben.

Amlich wird mitgeteilt: Die nächste Viehzählung im Reich findet auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den Ländern am 1. Dezember statt. Die Viehhaltenden Landwirte selbst haben das größte Interesse daran, daß die gestellten Fragen in richtiger und zuverlässiger Weise beantwortet werden. Dafür wird ihnen auf der anderen Seite die unbedingte Sicherheit gewährleistet, daß ihre statistischen Angaben geheim gehalten werden und keinesfalls zu steuerlichen Zwecken Verwendung finden.

Prozeß Hugenberg gegen Fehrenbach.

Der Angeklagte zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Prozeß des Geheimrats Dr. Hugenberg gegen den Redakteur Fehrenbach des Detmolder sozialdemokratischen „Volksblattes“, dessen Verhandlung am vergangenen Sonnabend in Detmold stattfand, ist jetzt mit der Urteilsverkündung zu Ende gegangen. Das Gericht verkündete folgendes Urteil:

„Der angeklagte Redakteur Fehrenbach wird zu einer Geldstrafe von 200 Mark und in die Kosten des Verfahrens, einschließlich der dem Privatkläger entstehenden Kosten, verurteilt.“

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 26. September 1931.

Nothilfe.

Luc. 6, 36: Darum seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist.

Wir wollen helfen! So heißt der Ruf jetzt durch unser Volk. Er ist nötig, denn die Not ist bitter. Viele freilich brauchen die Mahnung nicht mehr, denn sie helfen von selbst, wie sie es immer getan haben. Wen der Beruf in die Arbeit der Hilfe hineingestellt hat, der erfährt mit frohem Staunen immer wieder, wie er neue Mitbeger findet, und wie im stillen unendlich viel gütige und treue Menschen die Not anderer zu lindern suchen. Das ist die Frucht unserer Religionen, die ja ihre Befehle dazu erziehen, daß ihr Glaube sich erst in der helfenden Liebe vollendet.

Umgekehrt aber erlebt man auch immer wieder, daß Menschen, die es sehr gut könnten, wenn man sie für andere um Hilfe bittet, mit allerlei Ausflüchten ihren Beistand versagen. Sie meinen immer, dazu seien ja andere da. Lieber Leser, gehörst du auch zu diesen? An sie besonders wendet sich der Ruf: Wir wollen helfen. Der Ruf heißt nicht: Helft! oder: Man muß helfen, er heißt auch nicht: Wir sollen helfen, sondern: Wir wollen helfen. Wieder frage ich: Lieber Leser, willst du auch uns gehören? Ist es dir eine selbstverständliche, heilige Pflicht zu sagen: „Ich will dabei sein, ich bin der Nächste dazu, wie der Samariter einst den Überfallenen verband und rettete?“

Siehe, es liegen so viele in bitterster Not ohne Schuld, es darben und frieren Männer, Frauen und Kinder, Gesunde und Kranke; wenn du willst, so findest du überall jetzt Menschen, Gotteskinder, deine Brüder und Schwestern, denen du helfen kannst. Ach, daß es doch endlich dazu käme, daß das Wort: Jeder ist sich selbst der Nächste, mit Abscheu erkannt würde als Wahlspruch einer ganz niedrigen Gesinnung — ach, daß doch endlich aus der Gemeinschaft der Leiden dieser Tage, die Gemeinschaft der Liebe geboren würde, daß auf den Ruf unsere Antwort erschalle: Ja, wir wollen helfen!

Wie wird das Wetter?

Dieser Sommer, der nunmehr zu Ende gegangen ist, wird in den Annalen der meteorologischen Geschichte als regelrecht verregneter Sommer bezeichnet werden müssen. Der Herbst hat sich nicht weniger ungewöhnlich eingeführt: In Oberbayern gab es Schneefälle in einer Stärke, daß das Land schon in eine regelrechte Winterlandschaft verwandelt wurde. Auch aus dem Riesengebirge wurden fröhliche Schneefälle gemeldet. Auch im übrigen Deutschland trat nach kurzer Aufheiterung eine neue Wetterverschlechterung ein. Die Temperaturen, die im Süden morgens zwischen 2 und 5 Grad Celsius lagen und auch in Norddeutschland nur 5 bis 10 Grad erreichten, lagen etwa 10 Grad unter dem Normalwert. Am günstigsten blieb das Wetter in Nordwest- und Norddeutschland. Nach der allgemeinen Wetterlage ist auch jetzt noch keine durchgreifende Besserung des Wetters zu erwarten.

— **Notwinter und Kirche.** Ein Kampf um die evangelischen Gemeinden. Der evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Union hat die Konsistorien angewiesen, den Kirchengemeinden und Geistlichen, gegebenenfalls auf dem Wege der Kanzelberlesung, die Pflicht brüderlicher Hilfe in dem bevorstehenden Notwinter aufzulegen. „Es gilt“, heißt es in dem Erlass, „die offensbare Not zu lindern, die verborgene aufzusuchen, alle vorhandenen Kräfte und Einrichtungen erspinnerisch in den Dienst der inneren und äußeren Hilfe zu stellen; die Verbindung von Person zu Person ist in mitfühlender Hingabe und Gebuld vor allem zu suchen und zu pflegen.“ Die eigene Bedrängnis der Kirchengemeinden dürfe die Entschlossenheit zur Hilfeleistung nicht lähmen. „Durch persönliche Opfer und treue Fürsorge im Kleinen wollen wir das Gottesgebot der Brüderliebe erfüllen und dem Angriff der Not eine geschlossene Front helfender Treue entgegenstellen.“

— **Fernsprecherle zwischen Deutschland und Venezuela.** Die drahtlose Fernsprecherleitung zwischen Deutschland und Venezuela (Berlin-Maraçay) wurde dem öffentlichen Verkehr übergeben. Zum Sprecherle sind alle deutschen Orte, auf venezuelischer Seite vorerst nur eine öffentliche Sprechstelle in Maraçay zugelassen. Ein Gespräch von 3 Minuten Dauer kostet 120 M., für jede weitere Minute 40 M. mehr. Vorläufig können die Gespräche vom Fernamt Berlin nur werktäglich vermittelt werden.

— **Plattdeutsch in der Schule.** Die Pflege der heimischen Mundart gehört zu den schönsten Aufgaben für jeden Heimatfreund; denn die Muttersprache ist nun einmal eins der wichtigsten Ausdrucksmittel; sie sollte des-

Goldarmut und Silberreichtum.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Augen der ganzen Welt sind gespannt auf die finanziellen und wirtschaftlichen Vorgänge in England gerichtet, denn an dem Ausgang der dortigen Finanzkrise sind fast alle Völker der Erde beteiligt. Das Pfund war neben dem Dollar das angesehenste internationale Zahlungsmittel und seine Wertveränderung muß gewaltige Preisverschiebungen auf dem Weltmarkt zur Folge haben. Darüber hinaus taucht aber immer wieder die Frage auf, ob England an der Goldwährung festhalten oder ob es von ihr abgehen und andere Werte, als das Gold zur Sicherung seines Geldes heranziehen wird. Für die Zukunft der Pfundnote sind verschiedene Möglichkeiten gegeben. Es ist möglich, daß der Pfundkurs nach einiger Zeit von selbst wieder zur alten Parität zurückfindet, es ist aber auch denkbar, daß man seinen Wert mehr auf die alte Goldparität legt und daß man auf etwas niedrigerem Niveau zum Goldstandard zurückkehrt. Hat England dann die finanzielle Kraft, woran kaum zu zweifeln ist, der Entwertung seiner Währung rechtzeitig ein Halt zu gebieten und „schliddert“ es nicht in die Inflation hinein, wie Deutschland seinerzeit, so ist es wohl denkbar, daß es damit mit einem Schlage das erreicht, was zu erreichen die deutsche Regierung mit allen Kräften, vorläufig allerdings vergeblich, bemüht ist, nämlich eine gleichmäßige und gleichzeitige Senkung von Einkommen und Preisen. Man könnte dieses dann nicht „Inflation“, sondern Beseitigung der Deflation nennen, die durch die Verknappung des Goldes eingetreten ist. Nach allem, was in letzter Zeit in England vorgegangen ist, kann man wohl annehmen, daß England nicht zu der Entwertung seiner Währung gezwungen worden ist, sondern daß es sie planmäßig duldet, aber nur so lange, als es sie für die Wirtschaft für günstig hält. Deswegen wird man sich auch hüten müssen, eine Parallele zu ziehen mit der deutschen Inflation, die einen katastrophalen Zusammenbruch der Währung darstellte.

Schon lange vor dem kritischen Tage der Einstellung der Goldeinföhrung in London wurde in England das Problem der Währung erörtert und besonders auch das einer Doppelwährung, die durch Gold und Silber gedeckt ist. Hierzu hatte vor allem der Mac-Millon-Bericht über den Stand der englischen Wirtschaft großes Aufsehen erregt. Der Bericht stellte als das Wichtigste fest, daß ein großer Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten an dem starren Festhalten am Gold als Grundlage der Währung liegt. Von dem gesamten Goldbestand der Welt befanden sich etwa drei Viertel in den Schatzkammern der Gläubigerländer Amerika, Frankreich, England, Holland, Schweiz und Belgien, und den übrigen Nationen, die alle verschuldet sind, sei nur ein Viertel des Goldes geblieben. Berücksichtigt man, daß von diesen rund 11 Milliarden Mark, die dieser Goldschatz wert sei, wiederum zwei Drittel durch die Gesetze zur Regelung der Notendeckung gebunden und nicht verfügbar sei, so reicht die Goldreserve nicht aus, um die Schulverhältnisse zu regeln. Man hat deshalb gefragt, warum man an einem wirtschaftlichen Maßstab festhalten soll, der sich als durchaus unzureichend erwiesen hat. Warum soll man in Gold rechnen, wo drei Fünftel der Menschheit in Silber rechnet und diese drei Fünftel durch die Entwertung des Silbers außerstande gesetzt sind, ihren Bedarf wie früher zu decken. Wenn es nicht für möglich gehalten würde, den Goldstandard aufzugeben, so müßte es wenigstens möglich sein, den Preis des Silbers zu stabilisieren. Der augenblickliche Preis für die Unze Silber beträgt etwas mehr als einen Schilling. Würde man ihn, so schlägt man vor, auf zwei Schillinge stabilisieren, so würde das genau eine Verdoppelung der Kaufkraft der östlichen Länder, die vorwiegend die Silberwährung haben, bedeuten. Ein von der Internationalen Handelskammer eingesetzter und aus drei Währungssachverständigen bestehender Ausschuss, der den Vorschlag der Einberufung einer Welt Silberkonferenz prüfen soll, ist jetzt in London zusammengetreten. Auf dieser Konferenz soll die Frage der Heranziehung des Silbers zur Währungsdeckung ernstlich geprüft werden. Theoretisch läßt sich zu dem Problem sagen, daß seine Durchführung nicht unmöglich erscheint. Gold hat ja genau so wenig einen „Wert“ an sich wie Silber, sondern sie erhalten ihn beide nur dadurch, daß der Mensch ihnen den Wert beilegt. Wenn alle Menschen sich mit einer solchen neuen Wertbeilegung einverstanden erklären, so dürfte sie sich auch durchführen lassen, wobei die Betonung auf das Wort Wenn zu legen ist.

Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf gestorben.

Der Altmeister der klassischen Philologie.

Geheimrat Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf, der Altmeister der klassischen Philologie, ist in Berlin nach einem kurzen, schweren Leiden im Alter von 83 Jahren verschieden. Professor Dr. Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf wurde am 22. Dezember 1848 zu Markowitz in Posen geboren. Nach Studien in Bonn und Berlin habilitierte er sich als 26-Jähriger an der Universität der Reichshauptstadt. Zwei Jahre später übernahm er einen Lehrstuhl an der Greifswalder Universität. Dort wirkte er sieben Jahre; weitere 14 Jahre wirkte er an der Göttinger Universität, bis er im Jahre 1897 nach Berlin zurückkehrte. Weit über die Kreise der wissenschaftlichen Welt hinaus, wurde der Name Wilamowitz bekannt; sein Wirken nicht allein als Forscher und Gelehrter, sondern auch als Pädagoge überdauerte die Zeiten der geistigen Krise, die mit und nach dem Weltkrieg über Deutschland hereinbrach.

Die Wissenschaft vom Hellenismus war das ureigenste Feld des Gelehrten, der im übrigen alle Gebiete der Altertumswissenschaft beherrschte. Seine wissenschaftliche Leistung trug den Ruf deutscher Forscherstätigkeit weit in das Ausland hinaus.

Ulrich von Wilamowitz war mit einer Tochter Theodor Mommsens verheiratet. Im Weltkrieg verlor er seinen ältesten Sohn. Seit 1899 gehörte von Wilamowitz als Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften an. Seit November 1930 war er Vizekanzler des Ordens „Pour le mérite“ für Wissenschaft und Kunst. Zahlreiche Universitäten des In- und Auslandes verliehen dem Gelehrten ihre akademischen Würden. Wilamowitz war ein von glühender Vaterlandsliebe erfüllter Mann, der während des Weltkrieges durch seine von großer rednerischer Kunst erfüllten Reden Begeisterung weckte.

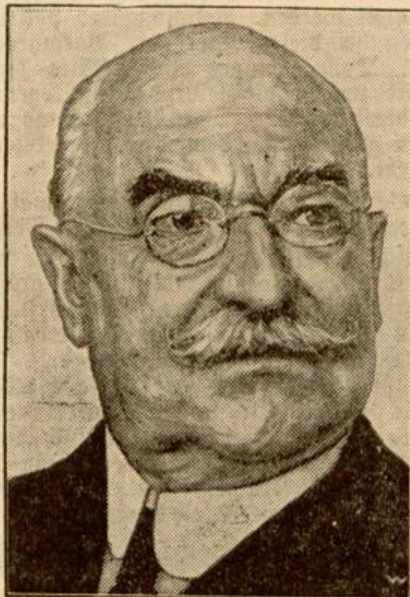
Entlastung der Schlachtviehmärkte.

Gerausnahme von Masttrindern aus dem Hufener Markt.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, hat sich infolge des neuerlichen Preisrückgangs auf den Schlachtviehmärkten veranlaßt gesehen, eine stärkere Herausnahme von Masttrindern aus dem Hufener Markt herbeizuführen. Bekannt sind die Hufener

Geheimrat Duisberg 70 Jahre

Am 29. September begeht Geheimrat Professor Dr. e. h. Karl Duisberg, der Begründer und Aufsichtsratsvorsitzende der I. G. Farbenindustrie, seinen 70. Geburtstag. Karl Duisberg, ein gebürtiger Westdeutscher, (Barmen), studierte zunächst Chemie und später auch Nationalökonomie. Schon in jungen Jahren gelangen ihm neue Entdeckungen. Mit 23 Jahren trat er bei der Elberfelder Farbenfabrik in ein kleines Laboratorium ein, aus dem später die gewaltigen Anlagen in Leverkusen entstanden. Weite Reisen führten Karl Duisberg überall hin, vornehmlich nach Amerika und England, wo er gleichzeitig als Gelehrter und Kaufmann für die Produkte seines Unternehmens warb. Schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts propagierte er die Trübsidee, die er erst 1916 als leitender Direktor der Werke in Leverkusen in die Tat umsetzen konnte, als er die Deutsche Farbenindustrie zunächst zu einer Interessengemeinschaft zusammenschloß. Auf seine Initiative erfolgte dann im Dezember 1923 der endgültige Zusammenschluß dieser Industrie, deren Sitz Frankfurt am Main ist und die heute das größte kapitalistische Unternehmen Deutschlands ist. Sie umfaßt alle großen farbenchemischen Werke Deutsch-



lands. Seit Anfang 1925 steht Duisberg, der der Vorzugene des I. G. Aufsichtsrates ist, auch an der Spitze des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, tritt aber nunmehr in Anbetracht seines hohen Alters von dieser Führerstellung zurück.

Duisberg, der 1904 Professor und 1909 Geheimrat Regierungsrat wurde, ist Ehrendoktor an nicht weniger als sieben Hochschulen. Auch im Ausland ist sein Name als Wirtschaftsführer und auch auf Grund seiner Arbeiten auf dem Gebiete der Farbenchemie bekannt. Er ist Mitglied des Reichswirtschaftsrates, des Reichsgesundheitsrates, der Deutschen Akademie für Naturforscher, des Senates der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Vorstandsmitglied der Gesellschaft der Naturforscher und Ärzte und besitzt die seltene Auszeichnung der goldenen Bienen-Denkmalmedaille und der silbernen A.-B.-Hofmann-Denkmalmedaille.

In der Präsidialsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde einstimmig Krupp von Bohlen und Halbach an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Geheimrat Duisberg, gewählt.

Ehrung Karl Duisbergs.

Regierung, Wissenschaft und Wirtschaft beim Jubiläum.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie veranstaltete zu Ehren seines scheidenden Präsidenten, Dr. Karl Duisberg, eine Feier, zu der zahlreiche Persönlichkeiten der Regierung, der Wissenschaft und der Wirtschaft erschienen waren. Unter den Anwesenden sah man u. a. den Reichskanzler Dr. Brüning, die Minister Dietrich, Birt, v. Guérard, Gröner, Treviranus, Schreiber, den Chef der Marineleitung, Admiral Räder, den Oberbürgermeister Sahm, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, von der Reichsbank Präsident Dr. Luther, von der Deutschen Goldkreditbank Direktor Dr. Ehrhardt, von der Bank für Deutsche Industrieobligationen Dr. Böhm sowie Vertreter der Spitzenverbände, der Vereinigung Deutscher Bauernvereine u. a. m. Ein besonders schönes Bild boten die Vertreter der Studentenschaft, die in vollem Wachs mit ihren Bannern hinter dem Jubilar aufgestellt waren.

In seiner Begrüßungsansprache würdigte der Stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes, Abraham Frowein, als Wuppertaler den bergischen Landmann, dessen Eigenart den Lebensrhythmus, die Tiefe und den starken Willen des Westfalen mit dem Frohsinn und dem Temperament des Rheinländers paarte.

Nachdem Dr. Ernst von Borst im Namen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Pietrowski im Namen des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands (C. V.) und Professor Dr.

unvollständiges Zitat: ...

Märkte der Hauptumschlagplatz für die in den Herbstmonaten von den Marschweiden kommenden Masttrinder. Da der Auftrieb zu den inländischen Schlachtviehmärkten allgemein wegen der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung schon jetzt nur unter großen Preisverlusten

untergebracht werden kann, würde die verstärkte Zufuhr aus dem nordwestdeutschen Weidelandgebiet auf die anderen großen Schlachtviehmärkte zu noch größerer Überbelastung und zu weiterem Preisdruck führen. Durch die Entnahme eines erheblichen Teils von Masttrindern aus dem Hufener Markt ist zu hoffen, daß das Angebot auf den großen norddeutschen Schlachtviehmärkten allgemein entlastet und dadurch das gesamte Preisniveau gestützt wird.

Lebensfragen der Biehwirtschaft.

Aufstellung von Sofort-Forderungen.

In schwerer Sorge um den Bestand der nordwestdeutschen Landwirtschaft waren in Hamburg zu gemeinsamer Beratung der Hannoverische Landbund, der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund sowie der Oldenburgische Landbund versammelt. Folgende Sofort-Forderungen wurden aufgestellt:

1. Rückstandslose Drosselung der Devisenhergabe für Vieh und Vieherzeugnisse, also Sperrung der Grenze gegen alle nicht unbedingt lebensnotwendigen Erzeugnisse der Viehwirtschaft. 2. Sofortige Verhandlungen der Regierungen mit den deutschen Schiffahrtsgesellschaften bzw. zuständigen Hafenbehörden zu dem Zweck, daß die in deutschen

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort zu einer Ansprache. Nach einleitender Begrüßung erklärte der Reichskanzler:

Auch an mein Ohr klingen tagtäglich — mal leise, mal lauter — Zweifel in die Zukunft und bange Äuße nach der Führung. Ich weiß, daß das eine natürliche Erscheinung ist, und ich habe die Ehre, Ihnen und Ihren Mitarbeitern vor wenigen Tagen darzutun, daß der Umfang der Tätigkeit der Reichsregierung in den vergangenen Wochen und Monaten ein viel umfassenderer gewesen ist, als es zur Stunde zweckmäßig erscheint, einer größeren Öffentlichkeit mitzuteilen. Abgegeben von diesen, hat die Reichsregierung eine Fülle anderer Maßnahmen bereits getroffen bzw. zur Veröffentlichung in der nächsten Woche vorbereitet. Darüber hinaus wird es nötig sein, gewisse noch weitertragende Schritte zu tun in dem Augenblick, in dem die Bewegung des englischen Pfundes, die am vergangenen Sonntag eingeleitet hat, in ihrer weiteren Entwicklung sicher erkannt werden kann. Wer sich über die ganze Tragweite der Entwicklung der letzten Monate bis in die letzten Tage hinein klar ist, der wird, wenn es, dann heute zu der Überzeugung kommen müssen, daß der Weg im gegenseitigen Verständnis gemeinsam von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegangen werden muß: Der Weg zur Rückkehr in die Solidität unserer gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik, zur Rückkehr zu den strengsten Maximen der Generationen vor uns in der Wirtschaft und zu dem entschlossenen Willen, die Ausgaben der öffentlichen Hand mit den Einnahmen in Übereinstimmung zu bringen.

Dieser Weg ist einfach; er ist der Weg des gesunden Menschenverstandes.

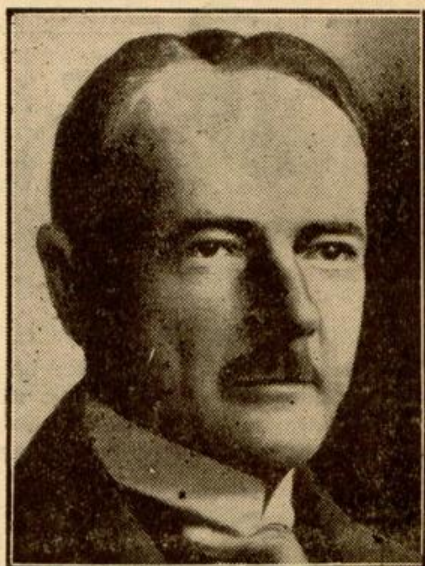
Eine Regierung in so schwerer Stunde hat nicht die Aufgabe, in jedem Augenblick, bei jeder plötzlichen Veränderung sofort mit Radikalschritten einzugreifen. Starke Nerven beruhen im wesentlichen darauf, den richtigen Zeitpunkt zu wählen, die Einsicht der Bevölkerung wachsen zu lassen, manchmal etappenweise, manchmal wiederum schlagartig mit Reformen, die alle Kreise der Bevölkerung betreffen, hervorzutreten.

Als die Zeiten kamen, in denen das eigene Leben des einzelnen Industriezweiges mehr und mehr zurücktrat hinter den großen Aufgaben der Gesamtwirtschaft, da haben gerade Sie sich freudig und selbstlos in die vorerster Reihe derjenigen gestellt, die mit festem Vertrauen auf Deutschlands Kraft und Zukunft unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit mitarbeiten an der Überwindung der wirtschaftlichen Nöte. Ich darf Ihnen auch im Namen der Reichsregierung und persönlich am heutigen Tage, der einen bedeutenden Abschnitt Ihres arbeitsreichen Lebens abschließt, meinen herzlichsten Dank für Ihr unermüdetes und erfolgreiches Wirken aussprechen. Die Jahre, in denen Sie den Reichsverband der Deutschen Industrie geleitet haben, sind Jahre voller Arbeit und Sorge gewesen. Ich hoffe und wünsche von Herzen, daß Sie noch viele Jahre der

chemischen Industrie, der deutschen Wirtschaft und unserem Vaterlande erhalten bleiben und daß auch Sie noch die besseren Zeiten erleben, an die wir mit Ihnen zuversichtlich glauben.

Er gab hierauf bekannt, daß der Reichspräsident Karl Duisberg zu seinem 70. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen habe, der die Inschrift trage: „Karl Duisberg, dem verdienstvollen Förderer deutscher Wirtschaft und Wissenschaft“, und verlas hierauf das Begrüßungsschreiben des Reichspräsidenten.

Für die preussische Staatsregierung sprach hierauf Staatsminister Dr. Schreiber. Er gab bekannt, daß die preussische Staatsregierung Dr. Duisberg die goldene Medaille für Verdienste um Wirtschaft und Forschung verliehen habe, und betonte, hierauf in seinem Glückwunsch, daß die Weltgeltung der chemischen Industrie in hohem Maße das Werk Duisbergs sei.



Krupp von Bohlen führt die Industrie.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat Krupp von Bohlen und Halbach einstimmig zum Vorsitzenden gewählt an Stelle von Geheimrat Duisberg, der wegen seines hohen Alters sein Amt niedergelegt hat.

Häfen liegenden Schiffe nur mit heimischem Proviant versorgen dürfen. 3. Verlängerung bzw. Niederlegung der Gräferredite. 4. Regelung der Ausfuhr von Vieh durch Einfuhrschein und Exportprämien. 5. Endliche Einführung des von der gesamten deutschen Landwirtschaft seit langem geforderten Kennzeichnungszwanges für alle ausländischen Waren. 6. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat am 29. Juli 1931 zur Selbsthilfe aufgerufen und u. a. verlangt, daß der Schlachtviehmarkt durch Verkaufsenthaltung so zu entlastet ist, daß Durchschnittspreise zunächst in Höhe von 65 RM. für Schweine, 55 RM. für Ochsen, 45 RM. für Kühe ab Stall erreicht werden. Die Lage in den Gräser- und Ueberflchwemmgsgelieten des Nordens ist jedoch so, daß Verkäufe, um noch etwas zu retten, getätigt werden müssen. Da hier der Verkaufsenthaltung enge Grenzen gezogen sind, wird insonderheit von denjenigen Berufsgeößen Verkaufsenthaltung erwartet, die nicht durch Grasmangel oder Ueberflchwemmungen zur Abstoßung von Weidewiege gezwungen sind.

Ist die Kalibündung im Herbst erforderlich und nutzbringend?

Die Jugendentwicklung des Wintergetreides hat einen entscheidenden Einfluß auf den Ernteausfall. Es ist daher zu fordern, daß für eine ausreichende Ernährung der jungen Pflanzen Sorge getragen wird, und es bleibt eine Notwendigkeit, daß die Grundbündung, bestehend aus Kali, Phosphorsäure und einem Teil Stickstoff bereits im Herbst

Der Landwirt Böppe war vom Rudolstädter Schwurgericht wegen Ermordung seiner Haushälterin und seiner zweiten Ehefrau zum Tode verurteilt worden. Der Erverbslose Böppold hatte eine Arbeiterin ermordet.

Schlussdienst.

Vermischte Nachrichten vom 25. September.

Oberleutnant Wendi aus der Festungshaft entlassen.

Berlin. Oberleutnant a. D. Wendi, einer der Angeklagten aus dem Ulmer Reichswehrprozess, ist, nachdem er seine Festungshaft zuerst in Gollnow und zuletzt in Groß-Strelitz in Oberschlesien verbüßt hat, entlassen worden. Oberleutnant Wendi ist bekanntlich aus der NSDAP ausgetreten und hat sich der Straßer-Gruppe angeschlossen, in der er zum Führer der „Revolutionären Kämpfer“ ernannt worden ist.

Der ehemalige badische Finanzminister Reinholdt gestorben.

Büch. In Folge bei Marmel bei Florenz starb im 71. Lebensjahre der frühere Generalkonsul in Zürich und ehemalige badische Finanzminister Dr. e. h. Joseph Reinholdt an den Folgen eines Herzschlages.

Besuch François-Poncet bei Curtius.

Berlin. Der neue französische Botschafter François-Poncet stattete dem Reichsaußenminister einen Besuch ab, den Dr. Curtius im Laufe des Nachmittags erwiderte.

Eine Stiftung Geheimrats Duisbergs.

Köln. Stadtverwaltung und karitative Vereine von Leverkusen haben einen Aufruf zur Bildung einer Notgemeinschaft zur Linderung der Not im kommenden Winter erlassen. Geheimrat Professor Dr. Karl Duisberg, der Ehrenbürger der Stadt Leverkusen, eröffnete die Sammlung mit einer Stiftung von 10 000 Mark.

Welttierschutztag. — 90jähriges Jubiläum des Deutschen Tierschutzvereins

Berlin. Der Deutsche Tierschutzverein zu Berlin veranstaltet am Sonntag, den 4. Oktober, im Zoo einen Welttierschutztag. Er feiert dabei gleichzeitig sein 90jähriges Bestehen.

„Do. X.“ soll beschlagnahmt werden.

New York. In New York ist eine Patentverletzungs-Klage gegen die Dornier-Gesellschaft angestrengt worden, in der die Kläger, die beiden Erfinder Isaac Schaffner und Jakob Thaler, behaupten, alleinige Besitzer der amerikanischen Patente für die bei der „Do. X.“ angewendete Propelleranbringung über den Flügel zu sein. Die Kläger haben beim Bundesgericht die Beschlagnahme des Großflugbootes „Do. X.“ beantragt.

Große Überschwemmungen in Westgalizien.

Warschau. Wie aus Schlesien und Westgalizien gemeldet wird, ist es dort infolge des dauernden Regenwetters zu großen Überschwemmungen gekommen. Vor allem hat die Weichsel mit ihren Nebenflüssen viele Kilometer Land, Dörfer und Felder überflutet.

Vor Auflösung des englischen Parlaments?

London. Am kommenden Mittwoch soll die Auflösung des Parlaments im Unterhaus bekanntgegeben werden. Die Konservativen hätten sich grundsätzlich dahin geeinigt, daß MacDonald der Führer des nationalen Kabinetts bleibe. Die Regierung werde mit einer neuen Tarif- und Weltreichspolitik vor das Land hintreten.

Börse und Handel

Ämtliche Berliner Notierungen vom 25. September.

* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,23 bis 15,27; holl. Gulden 170,03—170,37; Danz. 81,92—82,08; franz. Franc 16,63—16,67; schwed. 82,17—82,33; Belg. 58,63—58,75; Italien 21,68—21,72; schwed. Krone 112,24—112,46; dän. 94,90 bis 95,10; norweg. 99,90—100,10; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 59,12—59,24; Argentinien 0,983—0,987; Spanien 37,06 bis 37,14.

Familien-Nachrichten.

Verlobte:

Henne Vermedes und Karl Heinz Janzen, Schalksmühle. Herta Deckard und Wilhelm Berker, Schmidtspey und Halver.

Vermählte:

Reinhard Meher und Ella Eider, Eiderschmitte b. Halver. Otto Berghaus und Jenny Pauli, Lüdenscheid. — Fritz Schuster und Jenny Bastian, Kierspe-Whf. — Erwin Lohmann und Paula Stecher, Burg b. Halver. — Walter Weisner und Marie Sümper, Lüdenscheid und Kierspe-Whf.

Gestorben:

Frau Minne Mittinghaus, Kierspe-Whf., 71 J. alt. Landwirt Hermann Holthaus, Braud b. Breckerfeld, 54 J. Landwirt Gustav Schmidt, Stilleking b. Brügge, 70 J. alt. Ww. Karl Fiebler, Elenore geb. Gek, Dabberbrück, 65 J. Friedrich Wilhelm Orth, Ober-Ingenieur b. Halber, 70 J.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Jeder

muß mit seinem Gelde rechnen!

In der heutigen Zeit wirtschaftlicher Not kommt eine Erneuerung der Wohnung nur in Frage, wenn auch für wenig Geld gute, ge-



schmackvolle Tapeten erhältlich sind. In meinem reichhaltigen Lager guter, äußerst billiger Tapeten, finden Sie bestimmt das Richtige!

Tapetenhaus „Hansa“

Max Müller, Lüdenscheid, Knapperstr. 19 21.
Am Karlsplatz. Haltest. d. Omnibusl. M.-Sauerland u. Wupper-Sieg.

Ingenieurschule
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungs-, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Land-, Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
Werkmeisterschule
Lehrpläne

Technikum Lage
Lippe
Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau, Tonindustrie, Ziegeleingenieure, Techniker, Ziegeleimeister
frei

Aufruf!

Die Unterzeichneten haben sich zusammengeslossen, um die große Not, mit deren weiterer Steigerung für den kommenden Winter bestimmt zu rechnen ist, zu bekämpfen. Wir wollen ein großzügiges Werk der Nächstenliebe aufrichten. Insbesondere wollen wir durch Sammlung und Verteilung von Geld, Kleidern, Nahrungsmitteln und Brennstoff den Bedürftigen helfen, um so nach Möglichkeit zur Linderung der größten Not beizutragen. Wir richten an alle, denen die Not des Nächsten am Herzen liegt, die dringende Bitte, uns in diesem Liebeswerk zu unterstützen.

Es werden Sammlungen eingeleitet werden, und zwar werden die Berufsverbände unter ihren Mitgliedern Geld- oder Naturaliensammlungen veranstalten. Daneben wird eine Sammlung von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken von Haus zu Haus stattfinden. Die Hausammlung erstreckt sich bei denjenigen Mitbürgern und Mitbürgerinnen, die einer Berufsvereinigung nicht angeschlossen sind, auch auf die Sammlung von Geld.

Die gesammelten Geldbeträge werden dem bei der Amtssparkasse Halver eingerichteten Konto „Nothilfe der Gemeinde Halver“ (Nummer 772) zugeführt werden. Diesem Konto können auch weitere Geldspenden unmittelbar überwiesen werden.

Die Verwaltung der Nothilfe und die Verteilung der Mittel erfolgt durch einen Hilfsausschuß, in dem alle Kreise der Bevölkerung vertreten sind.

**Das Hilfswerk ist nun eingeleitet.
Trage ein jeder, der irgendwie kann,
dazu bei, daß es gelingt!**

Halver, den 24. September 1931.

Die Berufsverbände und die Wohlfahrtsvereinigung in der Gemeinde Halver.

Die politische Gemeinde und die evangelische u. katholische Kirchengemeinde Halver.

Taschenlampen



-Batterien und -Birnen

stets zu haben bei:

Wilh. Bell jr. : Halver.

Achenbach-Garagen

ab Lager



Weißblech-, Stahl- u. Betonbauten jed. Art
Angebote u. Prospekte kostenlos

Gebr. Achenbach

G. m. b. H.

Eisen- u. Weißblechwerke

Weidenau/Sieg

Postfach Nr. 380

Vertr.: M. Krägeloh, Lüdenscheid

Friesenstr. 20, Tel. 3896.

Einheitspreise

Nadeldose, gefüllt 25¢

Schrubber 25¢

Abstreifbürste 25¢

Zahnbürste 25¢

Gemüsemesser 25¢

5 Paar Schuhbänder 25¢

Gummischwamm 25¢

Albert Bollmann, Kierspe.

Stadtrahmen

verstellbar.

Wilh. Bell jr., Halver.



Sag' einer was er will -
ich bleibe bei
Persil!

Herren- Burschen- u. Knaben-Anzüge

in allen Größen zu außerstren Preisen empfiehlt:

Hugo Nieding, Halver Ber inerstr. 56.

Zuverlässig
Über allen Parteien
Schnellste Auskunftserteilung
Unentbehrlich für jedermann
200000 Stichwörter, 42000 Abbildungen
220 Karten und Stadtpläne
Kleine Monatsraten
Probeheft kostenlos

DER GROSSE BROCKHAUS

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Der Unterzeichnete bittet um unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus neu von A-Z“

Name u. Ort:

Straße:

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, den 28. September.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und Zeitangabe, Wasserstands-meldungen.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde Bremen.
10,30 Erste Meldungen und Zeitangabe.
10,40—11,15 Schallplattenkonzert (Electrola-platten).
11,20—12,00 Schulfunk für Schüler aller Schulen vom 12. Lebensjahre an. Franz Schmid: Ueber die Nordwand zum Matterhorn-gipfel.
12,00 Schallplattenkonzert (Electrolaplatten).
12,50 Wetterbericht.
12,55 Neuerer Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt.
14,30 Schlachtwiehmartberichte.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Sepp Schütz: Puppentheater.
16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Prof. Bastian Schmid: Wie die Tiere sich waschen, baden und putzen. 2. Heinz Naasch: Werarbeit für die Jugend. Tanzpuppen aus Draht und bunter Wolle.
17,00—18,00 Vesperkonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Buschfötter, Solistin: Theresie Pott (Klavier). Zeitgenössische Tonseher (90).
18,00—18,20 Prof. Heinrich Jöller: Emil Göke zum 30. Todestag.
18,20—18,40 Frauenstunde. Maria Sevidich: Die Gefährdung der weiblichen Jugend.
18,40—19,00 Elternstunde. Dr. Kleefeld: Die Bedeutung der Vererbung für die körperlich-geistliche Entwicklung des Kindes.
19,00—19,10 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportbericht.
19,10—19,30 Anekdoten zur Zeit. Dr. Walther von Hollander: Die Wirklichkeit.
19,30—19,55 Drei Deutsche sprechen miteinander.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00 Abendkonzert.
Leitung: Wolf.

Intermezzo: Klassisches Lied und Ballade.

Sirenen (Bach), Grape (Klavier).

22,00 Letzte Meldungen, Bericht über das geistliche Leben, Sportbericht.

Anschließend bis 24,00: Nachtmusik, Leitung: Eysoldt.